

S-R-F-Audio.

Radio S-R-F, Echo der Zeit mit Christina Schalbecker.

Bei uns im Fokus an diesem 1. September.

Schweizer KMU, die einiges an Aufwand betreiben müssen,  
um die Regelungen des neuen Datenschutzgesetzes umzusetzen.

Seit heute ist es in Kraft.

Russland, wo viele den Krieg im Nachbarland schlecht ausblenden,  
obwohl die Ukraine vermehrt Ziele in Russland angreift.

Die Leute machen halt weiter Urlaub auf der Krim.

Sie gehen weiter zur Arbeit und imitieren,  
so hat es neulich mal jemand gesagt, eine Normalität,  
die es eigentlich gar nicht zugibt.

Das Gespräch mit der ARD-Korrespondentin in Moskau.

Weiter im Fokus der Bankenplatz,

wo sich mit der neuen Riesen-UBS Fragen nach der Stabilität stellen.

Eine Fachgruppe des Bundes hat heute Vorschläge dazu präsentiert.

Und Kosovo, wo sich das Zusammenleben zwischen Serben  
und Albanerinnen friedlicher gestaltet,  
als die Schlagzeilen vermuten lassen.

Die Menschen hätten keine Probleme miteinander.

Ich sage, dieser Gast wird in Kosovo im Echo der Zeit.

Und wir beginnen mit den Nachrichten und Simon Riechle.

Da geht es zuerst um 25 Leopard-Panzer der Schweizer Armee,  
die die deutsche Firma Rheinmetall gerne kaufen würde.

Mit den Panzern sollen die Lücken geschlossen werden,  
die in Westeuropäischen Armeen entstanden sind,  
Durchlieferungen an die Ukraine.

Nun hat sich die Kommission des Ständerats dafür ausgesprochen,  
die stillgelegten Panzer außer Dienst zu stellen.

So sollen die Grundlage für einen Verkauf geschaffen werden.

Der Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats  
fiel mit 9 zu 3 Stimmen bei einer Enttaltung.

Der Verkauf der Panzer würde ein positives Signal  
an die europäischen Partner der Schweiz senden,  
schreibt die Kommission.

Definitiv entscheidet der Ständerat im Herbst.

Der Nationalrat hat den Geschäft bereits zugestimmt.

Die Bundeshausfraktion der SP hat ein neues Präsidium.

Sie hat die beiden Nationalratsmitglieder Samira Marti aus dem Kanton Waslandschaft  
und Samuel Benderhan aus der Watt gewählt.

Die SP-Fraktion ist damit die erste, die ein Co-Präsidium hat.

Marti und Benderhan waren die einzigen Kandidierenden  
für die Nachfolge von Roger Nordmann.

Er gibt das SP-Fraktionspräsidium nach knapp 8 Jahren im Amt ab.

In Bern berät ein neues Zentrum,  
Familien, deren Eltern sich tränen oder scheiden lassen  
und um ihre Kinder streiten.  
Es handelt sich um ein schweizweites Pilotprojekt,  
heißt es in einer Mitteilung.  
Ziel sei es, dass nicht die Behörden oder ein Gericht  
solche Fälle entscheiden müssten.  
Die Kindes- und Erwachsenen-Schutzbehörden KESP  
und das Regionalgericht schicken zerstrittene Eltern  
künftig ins neue Zentrum.  
Sie müssen sie Beratungen besuchen.  
Fast 100 Personen mussten wegen eines Erdrutsches  
bei Schwanden im Kanton Glarus ihr Zuhause verlassen.  
Nun ist klar, sie können bis auf Weiteres nicht zurück.  
Wie die Gemeinde Glarus Südmeteil sind über Nacht  
erneut mehrere Tausend Kubikmeter Geröll abgerutscht.  
Zusätzliche Schaden sei zwar nicht entstanden,  
die Gefahr weiterer Rutschungen sei aber groß.  
In Griechenland brennt es in verschiedenen Regionen weiter.  
Besonders betroffen ist die Region um die Stadt Alexandrupolis.  
Nun schickt die Schweiz Hilfe.  
Ein Team von Expertinnen und Experten des COAS  
für humanitäre Hilfe und der Armee reist heute nach Griechenland,  
wie das Außendepartement, mitteilt.  
Morgen werden dann drei Superpuma-Helikopter  
der Schweizer Armee folgen, inklusive Personal.  
Insgesamt werden rund 30 Personen aus der Schweiz  
die griechischen Behörden und Feuerwehrleute  
im Kampf gegen die Flammen unterstützen.  
Griechenland hatte zuvor um Unterstützung angefragt.  
Bei neuen Gefechten an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidshchan  
hat es Todesopfer gegeben.  
Mindestens vier armenische Soldaten seien getötet worden,  
berichten die armenischen Behörden.  
Aserbaidshchan berichtet seinerseits von drei verletzten Soldaten.  
Unabhängig überprüfen lassen sich die Sahngaben nicht.  
Zwischen Armenien und Aserbaidshchan gibt es seit längerem Spannungen.  
Es geht darum, wer der Region Berg Karabach kontrolliert.  
In Thailand hat der König den ehemaligen Regierungschef  
Taxin Chinawatt begnadet.  
Taxin müsse nur ein Jahr ins Gefängnis und nicht acht schreibt das Königshaus.  
Der 74-Jährige war vergangener Woche nach Thailand zurückgekehrt,  
nach 15 Jahren im Exil.  
Er war in Abwesenheit verurteilt worden,

wegen Korruption, Machtmissbrauch und Missachtung der Monarchie.  
Und die Bösendaten von 18.04 geliefert von 6,  
der Swiss Market Index schließt bei 11.075 Punkten, minus 0,5%.  
Der Dow Jones Index in New York ist im Vergleich zum Vortag unverändert.  
Der Euro wird zu 95°, 55° gehandelt, der Dollar zu 88°, 60°.  
Und das Wochenendwetter?  
Am Abend ist es meist klar, in den Morgenstunden gibt es dann lokal Nebel.  
Über den Bergen und im Süden hat es einige Quellwolken  
und es kann vereinzelte Schauer geben.  
Und am Nachmittag gibt es beidseitige Alpen rund 27°.  
Seit heute gilt in der Schweiz das neue Datenschutzgesetz.  
Das tönt einigermaßen trocken,  
doch das neue Gesetz bringt einige größere Veränderungen mit sich.  
So drohen zum Beispiel neue Bussen von bis zu einer Viertelmillion Franken,  
wenn Personendaten von Angestellten oder der Kundschaft zu wenig geschützt werden.  
Und das gilt für alle, von Vereinen über KMU bis hin zu einzelnen Bloggerinnen oder Bloggern.  
Für viele Unternehmen ist das eine große Herausforderung,  
zeigt der Beitrag von Wirtschaftsredaktor Pascal Lago.  
Ab heute müssen Unternehmen stärker an den Datenschutz denken,  
zum Beispiel die Firma Walsa, die in der Kunststoffbranche tätig ist.  
Wo haben wir welche sensiblen, vor allem Mitarbeiterdaten oder Kundendaten abgelegt?  
Sind die Passwortgeschütze gesichert?  
Was wir auch gemacht haben, ist unsere Mitarbeiter noch einmal sensibilisiert  
auf den Umgang mit Daten, die wir von Kunden angeliefert bekommen.  
Linda Walsa, die Chefin des KMU mit 15 Mitarbeitenden aus dem Kanton Thurgau.  
Firmen wie Walsa häufen viele Daten an.  
Lebensläufe, Handynummern von Mitarbeitenden oder Adressen von Kundinnen.  
Diese Daten müssen ab heute nach klar vorgegebenen Regeln geschützt werden.  
Außerdem müssen alle Firmen ab heute ihre Kundinnen mit einer Datenschutzerklärung  
informieren.  
Alle, die eine Webseite oder einen Online-Shop haben.  
Das gilt dann auch für Blogger und Vereine.  
In der Datenschutzerklärung muss zum Beispiel stehen,  
mit wem die Daten geteilt und wo sie gespeichert werden.  
Firmen müssen ab heute dafür sorgen,  
dass auch ihre Lieferantinnen und IT-Dienstleister das Datenschutzgesetz einhalten.  
Je nachdem braucht es dafür neue Verträge.  
Sich auf all das vorzubereiten, ist mit viel Aufwand verbunden, vor allem für kleine Firmen.  
In einem KMU in unserer Größe ist es so,  
dass man nicht eine eigene IT-Abteilung betreiben kann.  
Man muss das auslagern oder es bleibt daneben am Chef oder an der Chefin hängen.  
Das ist ein Mehraufwand, der sich neben der normalen Tageszeit oder Arbeitszeit abspielt.  
Und das kostet.  
Frau Walzer schätzt ein Mehraufwand auf ...

... 10 Stunden Arbeit, die ich investiere.

Und das andere wird dann, bin ich auf den Support der externen IT-Anbieters angewiesen.

Und sie können ja die exorbitanten Ansätze, die diese Betriebe haben.

Das werden ein paar Tausend Franken sein.

Längere Arbeitstage und Tausende von Franken für externe Dienstleister und Beraterinnen.

Das ist zwar aufwendig, aber noch teurer kann es werden, wenn man den Datenschutz vernachlässigt.

Es drohen nämlich neue Bussen von bis zu 250.000 Franken.

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass nicht die Firmen gebüßt werden, sondern ihre Angestellten, wenn sie gegen den Datenschutz verstoßen.

Das löst in den Firmen einige Unsicherheiten aus.

Die Haftung der Mitarbeitenden für Verletzungen des Datenschutzgesetzes, also die persönlichen Haftung.

Aber was heißt jetzt das, oder?

Wie wird das in der Praxis gehandhabt? Das wissen wir nicht.

Muss seine Mitarbeiterin zum Beispiel mit einer hohen Buse rechnen,

wenn sie Heck kann ausversehen, dabei hilft, Daten zu klauen,

wenn sie etwa eine Mail öffnet und so einen Cyberangriff auslöst?

Nein. Strafbar sind nach dem neuen Recht nur Vorsatzdelikte.

Wenn jemand unvorsichtig handelt, aber eben den verpönten Erfolg nicht herbeiführen will, dann fällt er nicht unter die neuen Strafbestimmungen.

Erklärt Adrian Lopsiger, der eidgenössische Datenschutzbeauftragte.

Wenn ein Mitarbeiter ausversehen auf eine sogenannte Fishingmail klickt, dann sei das in der Regel nicht vorsätzlich.

Sollte es aber zu einer Strafanzeige kommen,

dann hätten die Richterinnen den Einzelfall zu prüfen.

Ob jemand wirklich ausversehen gegen den Datenschutz verstößt

oder es hätte besser wissen müssen, ist nicht immer ganz klar.

Zum Beispiel dann, wenn interne Unternehmensdaten fahrlässig per Mail herumgeschickt werden und so in den Händen von unbefugten Landen.

Und noch eine weitere Regel tritt heute in Kraft.

Neu müssen Cyberangriffe gemeldet werden.

Zum Beispiel, wenn persönliche Daten von Kunden geklaut werden.

Wenn der Datenverlust für eine größere Zahl von Kunden

mit großen Risiken verbunden sein könnte für deren Privatsphäre,

dann muss eine Meldung gemacht werden.

Wir haben dazu ein elektronisches Meldeportal, sagt Adrian Lopsiger.

In solchen Fällen müssen Firmen aber nicht nur den eidgenössischen Datenschutzbeauftragten informieren,

sondern auch die betroffenen Kundinnen und Kunden.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass alle Schweizer Firmen,

egal ob Vereine, KMU oder große Konzerne,

die Daten von Mitarbeitenden und Kundinnen ab heute besser schützen müssen.

Und sie müssen ihre Konsumentinnen und Kunden informieren,

wenn sie über eine Webseite oder einen Online-Shop Daten über sie sammeln.

Eine Datenschutzerklärung wird in vielen Fällen Pflicht.

Bei Verstößen drohen saftige Bußen, nicht für die Firmen direkt, sondern für ihre Angestellten.

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF.

Bei uns geht es weiter mit ukrainischen Angriffen auf russischem Territorium und den Folgen, die das hat und nicht hat.

Mit neun alten Vorwürfen gegen den schwerreichen indischen Unternehmer Gautam Adani, mit Diskussionen über die Rolle der Schweizer Schulen in der politischen Debatte und mit der Klimawissenschaft und dem schmalen Grad zwischen Vorsicht und Alarmismus.

Ukrainische Drohnen sorgen für grobe Sachschäden in Moskau, für Störungen im Luftverkehr rund um die russische Hauptstadt.

Anschläge auf die russisch besetzte Halbinsel-Krim machen international Schlagzeilen.

Bei Angriffen in der russischen Grenzregion Belgorod gibt es Tote, andernorts werden russische Militärflugzeuge beschädigt.

Üblicherweise spielt Moskau solche Angriffe herunter, verschweigt sie soweit als möglich.

Wie ist das aktuell, wo sich die Ereignisse häufen?

Das wollte ich von Christina Nagel wissen.

Sie leitet das ARD-Studio in Moskau.

Das ist in der Tat so, dass man einmal kurz meldet, dass es solche Angriffe gegeben hat.

Die werden dann in der Regel auch Postwänden der Ukraine zugeschrieben.

Das heißt, da sagt man einfach, das waren Angriffe aus der Ukraine, dann wird halt oft gesagt, einmal kurz, was passiert ist.

Das sind so Meldungen, die sieht man in der Regel einmal früh in den Morgenstunden, kurz nachdem es passiert ist.

Das wird auch offiziell bestätigt.

Was nicht mehr zu sehen ist, was es früher aber mal gab, das sind tatsächlich ausführliche Berichte.

Zum Beispiel eben auch im Staatsfernsehen über die Folgen, was die Leute denken.

Das kommt alles nicht mehr vor,

wenn überhaupt sind, dass Meldungen diese unter Ferner liefen laufen.

Aber man findet natürlich noch in den sozialen Medien durchaus Bilder davon, Videos wie Drohnen auch einschlagen.

Da ist immer jemand mit seiner Handykamera irgendwie vor Ort oder irgendwelche Bilder macht.

Da gibt es aber auch schon Initiativen,

dass die Verbreitung solcher Videos auch in den sozialen Netzwerken eingeschränkt bzw. unter Strafe gestellt werden soll.

Das ist erst mal noch eine Idee.

Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass das irgendwann noch kommen wird.

Aktuell aber dürfen diese Videos noch verbreitet werden?

Wie fallen denn die Anschätzungen dazu aus in den russischen Medien?

Das ist sehr unterschiedlich.

Zum einen hat man natürlich die offiziellen Medien,  
die immer sehr klar sagen, wer dahinter steht.  
Da ist es natürlich ganz klar, das ukrainische System,  
das Regime, die verschisten mit all den Vokabular,  
dass der Kreml sich eben vorbehält,  
wenn sie über die ukrainische Regierung sprechen.  
Da ist dann immer davon die Rede, dass es Terrorakte sein,  
Anschläge auf zivile Objekte.  
Und dass das immer betont wird, hat natürlich einen Grund,  
weil man hier immer unterstreichen will,  
was der Kreml immer behauptet,  
dass das russische Militär nur militärische Ziele angreift.  
Die Ukraine aber im Gegenzug zivile Ziele.  
Das ist natürlich Blödsinn, das wissen wir,  
aber trotz alledem wird er immer darauf Rücksicht genommen  
und es wird natürlich auch immer unterstrichen,  
dass die Luftabwehr hervorragend funktioniert,  
also diese drohen alle ihre Ziele nicht erreichen.  
Auch das, kann man sagen, stimmt so nicht,  
wird aber trotzdem gerade was Moskau angeht, immer wieder so kolportiert.  
In den sozialen Netzwerken sieht es anders aus.  
Da wird durchaus die Frage gestellt,  
wie funktioniert die Luftabwehr wirklich immer so gut?  
Wie kann es eigentlich sein, dass Drohnen zum Beispiel  
bis ins Zentrum von Moskau vordringen können?  
Warum werden die nicht vorher abgeschossen?  
Was passiert da eigentlich?  
Und in Belgorod in der Region fragt man sich natürlich auch,  
warum so eine Grenzregion nicht in einem Krieg,  
der hier zwar so nicht heißen darf,  
sondern immer noch spezielle Militäroperation heißt,  
warum man eine Grenzregion nicht besser schützen kann.  
Und wie viel Fluss hat denn das alles auf die Stimmung im Land?  
Weniger, als man erwarten könnte.  
Wenn es große Angriffe gibt, die auch Schlagzeilen machen,  
wie zum Beispiel Anschläge auf die Krimbrücke,  
dann ist es ganz oft so, dass daraus nicht erwächst dieses,  
wir müssen diesen Krieg beenden,  
sondern dass daraus eher so ein Gefühl kommt mit,  
da müssen wir jetzt aber Rache üben.  
Und das ist etwas, was bei uns viele Fragen immer aufwirft,  
wie das denn eigentlich sein kann,  
weil gleichzeitig, wenn man mit den Leuten redet,  
eigentlich wünschen wir uns ja Frieden, wäre ja schön,

wenn der Krieg endlich endet.  
Aber das wird dann immer verbunden mit einem,  
aber erst müssen wir quasi siegen  
und dann kann das Ganze beendet werden.  
Die Stimmung hier in Moskau ist etwas anderer,  
als in den größer betroffenen Gebieten.  
Man imitiert hier ganz schnell wieder Normalität  
und man hört hier mitunter nachts eben den Knall der Explosionen,  
also man hört die Drohnen auch tatsächlich einschlagen.  
Dann dreht man sich aber wieder um und schläft weiter.  
Und alle, die nicht betroffen sind,  
die lesen das vielleicht, aber machen danach Business as usual,  
die gehen weiter zur Arbeit.  
Niemand macht sich Großgedanken.  
Ich war gestern noch mal in der Stadt unterwegs,  
es war super schöne Sommerwetter  
und es interessiert einfach niemanden  
oder niemand lässt an sich heran,  
dass das ein Land ist, was gerade Krieg führt im Nachbarland.  
Das heißt auch, dem Propaganda  
und Repressionsapparat des Kremls  
gelingt es eigentlich relativ problemlos.  
Das heißt, die Stimmung in der Bevölkerung  
unter Kontrolle zu halten,  
auch wenn jetzt tatsächlich vermehrt  
Drohnenangriffe in Russland selbst stattfinden.  
Ja, und ich glaube, da wirken einfach viele Faktoren zusammen.  
Das fängt an bei Patriotismus,  
der natürlich auch schon immer sehr hochgehalten worden ist,  
als etwas als Gefühl stolz zu sein  
und in dem wichtig zu sein  
und in Abgrenzung auch zum Westen.  
Und dann greift natürlich die Propaganda,  
das ist wirklich nicht zu unterschätzen.  
Seit anderthalb Jahren prasselt das auf die Leute ein.  
Und das hat sich in den Köpfen festgesetzt,  
dass es ganz oft heißt,  
Russland ist gezwungen, weiter zu kämpfen  
und muss kämpfen gegen einen vermeintlichen Faschismus  
im Nachbarland  
oder wahlweise eben gegen die NATO,  
die Russland in die Knie zwingen will.  
Da kann man fast mit jedem Einzelnen hier reden  
und jeder hat irgendwo

eine Erklärung parat,  
die man ganz klar zurückführen kann  
auf diese Klischees.  
Und gleichzeitig machen eben alle weiter  
wie bisher  
warum denn alle in der Welt jetzt Russland  
so furchtbar finden,  
weil sie sagen, wir tun doch eigentlich hier gar nichts,  
wir leben doch hier eigentlich ganz normal  
und die Leute machen halt weiter Urlaub auf der Krim,  
sie gehen weiter zur Arbeit  
und imitieren, so hat es neulich mal jemand gesagt,  
eine Normalität,  
die es eigentlich gar nicht so gibt.  
Sagt Christina Nagel,  
ARD-Korrespondentin in Moskau.  
Er ist einer der reichsten  
und umstrittensten  
industriellen Indiens  
und ihm wird eine große Nähe  
zur Regierung von Premier Modi  
nachgesagt, Gautam Adhani.  
Ein kritischer Bericht  
der US-Finanzfirma  
Hindenburg über mutmaßlich  
unsauberer Geschäftspraktiken  
brachte Adhani schon  
im Januar in Erklärungsnot.  
Eine Medienrecherche  
erhärtet nun die alten Vorwürfe  
und bringt neue Details ans Licht.  
Sydasien-Korrespondentin Marren Peters  
fasst zusammen.  
Es geht um Börsenkursmanipulation  
in großem Stil  
mithilfe von Finanzkonstrukten  
in Steueroasen.  
Ein Bruder des industriellen  
Gautam Adhani und dessen Vertraute  
sollen über Jahre heimlich  
Hunderte Millionen Dollar in Aktien  
von Adhani-Unternehmen investiert  
und dadurch die Kurse künstlich  
nach oben getrieben haben.



Das zeigt eine Recherche des internationalen Journalisten-Netzwerks und der Marketing-Project. Die geheimen Aktienkäufe könnten Adhanis Aufstieg zu einem der zeitweise reichsten Menschen der Welt und einem der potentesten industriellen Indiens befördert haben. Schon im Januar hatte ein Bericht der US-Finanzfirma Hindenburg Adhani Finanzkursmanipulation vorgeworfen. Er habe den größten Betrug der Unternehmensgeschichte begangen. Die Adhani-Gruppe hatte damals sämtliche vierte Attacke gegen Indien bezeichnet. Die neuen Rechercheergebnisse stützen allerdings die alten Vorwürfe und bringen neue Details ans Licht. Demnach soll der Adhani-Konzern Offshore-Geschäfte in der Steueroase Mauritius betrieben haben. Zwei in Mauritius ansässige Fonds hätten zwischen 2013 und 2018 für Hunderte Millionen Dollar Aktien verschiedener Adhani-Unternehmen gekauft. Diese Käufe hätten die Aktienkurse betrieben. Eine in Dubai ansässige Firma von einem Vertrauten des Adhani-Bruders Vinod geleitet, habe die Käufe überwacht. Die neue Recherche stützt sich auf bislang geheime Dokumente aus Steueroasen, wie die britischen Zeitungen The Guardian und die Financial Times berichten. Die Recherche setzt nicht nur Adhani unter Druck, sondern auch die indische Finanzmarktaufsicht. Sie wird erklären müssen, warum eine Gruppe investigativer Journalisten

geheime Finanzkonstrukte  
in Steueroasen ans Licht bringen kann,  
während die nationale  
Finanzaufsicht das bis heute nicht geschafft hat.

Auch die alte Forderung  
der Opposition nach einer Stellungnahme  
von Premierminister Narendra Modi  
dürfte neuen Schub erhalten.

Modi und Adhani, die beide aus dem  
Bundesstaat Gujarat stammen, gelten  
als enge Weggefährten.

Modi hat bislang zu den massiven  
Vorwürfen gegen Adhani geschwiegen.  
In die Schweiz.

Im Kanton Waadt dürfen Schulen  
wenige Wochen vor politischen Wahlen  
keine Debatten mehr durchführen,  
wo sich die Kandidierenden  
präsentieren können.

Dieser Entscheid des Waadtler  
Bildungsdirektors hat diese Woche  
schweizweit für Aufsehen gesorgt.  
Denn der Vorfall wirft Fragen auf.  
Welche Rolle sollen Schulen  
bei der politischen Bildung übernehmen?  
Und weshalb tut sich die Schweiz  
immer noch schwer mit politischer Bildung?

Livia Middendorp.  
Es sei durchaus wichtig,  
dass Jugendliche politische Debatten  
kennenlernen, verteidigte  
der Waadtler Bildungsdirektor  
Frédéric Borlos einen Entscheid  
im Parlament. Es sei auch kein  
totales Verbot, meint der FDP-Politiker.  
Es geht ihm lediglich um den  
heiklen Zeitraum von 10 Wochen  
vor den Wahlen.

In dieser Zeit seien viele Kandidierende  
auf Stimmenfang.

Gezieltes Taktieren an Schulen  
vor den Wahlen müsse verhindert  
werden. Denn nicht immer kämen  
an solchen Anlässen alle Parteien

zu Wort. Claudio Kassel.

Es geht um den heiklen Zeitraum vor den Wahlen. Denn nicht immer kämen an solchen Anlässen alle Parteien zu Wort.

Claudio Caduf ist Professor an der Pädagogischen Hochschule Zürich. Er hat verschiedene Lehrmittel auch zu politischer Bildung geschrieben.

Er findet den Entscheid im Kanton Watt problematisch. Er fragt sich, wann und wie die Schülerinnen und Schüler die verschiedenen politischen Positionen sonst kennenlernen sollen.

Sie gehen ja nicht häufig ins Parlament. In der Regel lesen ja auch keine Zeitung. Also quasi gelebte Politik erlebt man wirklich nur in solchen Debatten. Und das sollten die Lernen natürlich auch erleben können. Und zwar unbesehen vom Zeitpunkt.

Politische Bildung habe in den letzten Jahren nicht mehr, sondern weniger Gewicht bekommen.

Sie frisst ja an den Schulen immer noch ein Schatten da sein.

Früher hatte man etwas zu stark den Fokus auf Staatskunde, also auf politisches Wissen.

Heute hat das stark abgenommen, aber andere Aspekte der politischen Bildung werden eben nicht stärker gewichtet, sodass man generell sagen kann, politische Bildung hat einen sehr, sehr schweren Stand in der Schweiz.

Dafür gebe es verschiedene Gründe.

Es sei sicherlich bei einigen Politikerinnen und Politiken auch eine gewisse Angst da, dass es eine politische Indoktrination gibt an Schulen.

Heute ist das eher quasi

von der bürgerlich rechten Seite  
eine Befürchtung,  
die besteht früher  
vor 30, 40 Jahren, was eher  
noch umgekehrt hat, die Linke befürchtet,  
dass sozusagen der gute  
staatsbürgerliche Unterricht  
zu konservativer, patriotischer  
Haltung führen würde.  
Doch wie könnte politische Bildung  
besser an Schulen verankert werden?  
Um diese Frage drehte sich heute  
auch der Schweizer Bildungstag.  
Die Präsidentin des Dachverbandes  
der Lehrerinnen und Lehrer  
Schweiz Dagmar Rösler sagt,  
ein Problem sei, dass nicht klar  
sei, welchen Auftrag die Schulen  
eigentlich hätten und was man  
unter politischer Bildung verstehe.  
Da braucht es sicher Maßnahmen  
und Stärkung vom Fach oder  
vom Modul und von Lehrpersonen,  
damit ganz klar ist, was  
können wir und was ist eigentlich gefragt.  
Sie nehmen auch eine gewisse  
Zurückhaltung wahr bei den Lehrpersonen,  
wenn es um politische Bildung geht.  
Einige hätten Angst,  
sich die Finger zu verbrennen.  
Für sie sei klar, Lehrerinnen  
und Lehrer sollten im Unterricht  
ihre Meinung sagen dürfen,  
etwa wenn sie danach gefragt werden.  
Das heißt nicht, dass Lehrpersonen  
den Schülerinnen und Schülern  
ihre Meinung aufdoktrinieren.  
Man muss, glaube ich, auch sehr gut  
in den Diskussionen immer wieder vermitteln,  
dass es ja nicht eine richtige Meinung gibt.  
Man darf verschiedene Meinungen haben,  
aber man muss sich diese Meinungen  
selber bilden und man darf sie nicht  
von jemandem anderen aufgedrückt bekommen.

Die Schulen sind nicht  
interessiert daran, dass alle  
Schüler die gleiche Meinung haben.  
Davon sind wir jetzt wirklich weit entfernt davon.  
Dagmar Rösler begrüßt,  
dass nun eine Diskussion darüber geführt wird,  
was politische Bildung an Schulen darf  
und soll.  
Der Dachverband der Lehrerinnen  
und Lehrer Schweiz ist am heutigen Bildungstag  
zum Schluss gekommen,  
dass politische Bildung Fächer  
übergreifend verankert werden muss,  
um sie zu verbessern.  
Seit gestern ist definitiv klar,  
die Schweiz hat künftig nur noch  
eine Großbank, die UBS.  
Und damit hat die Schweiz auch  
ein großes Problem.  
Waren Fachleute einhellig.  
Sollte die neue UBS eines Tages  
ins Taumeln geraten,  
wäre keine Schweizer Konkurrentin mehr da,  
um sie zu übernehmen.  
Zu diesem Problem hat heute  
eine Fachgruppe des Bundes  
einen Bericht vorgelegt,  
der noch zu Reden geben dürfte.  
Wirtschaftsredaktor Jan Baumann  
Mehr Macht, mehr gesetzliche  
Kompetenzen für die Finanzmarktaufsicht  
FINMA,  
das sei ein zentraler Ansatzpunkt,  
um für eine nächste Krise  
gerüstet zu sein,  
sagt die Expertengruppe des Bundes  
zur Bankenstabilität.  
Deren Präsident,  
der Ökonomie-Professor Ivan Lengwiler  
von der Universität Basel,  
meinte dazu heute in der Sendung  
Tagesgespräch von Radio SRF,  
statt die FINMA öffentlich  
zu tadellen,

soll das Parlament besser  
die Aufsichtsbehörde stärken.  
Ich wäre froh, wenn wir nach all den Jahren  
FINMA-Bashing, wo wir im Parlament  
so erlebt haben, wenn wir das ein wenig  
aufhören und wenn sich das Parlament  
entscheiden könnten,  
die FINMA deutlich zu stärken,  
anstatt sie einfach zu schwächen.  
Das wäre, glaube ich, eine wirklich gute Entscheidung.  
Das wäre ein guter Schritt.  
Die FINMA müsste zum Beispiel früher  
einschreiten können, wenn eine  
für die Schweiz bedeutende Bank  
ins Strauchen gerät.  
Helfen könne etwa, wenn die FINMA eine Bank  
gegen ihren Willen zu einschneidenden  
Korrekturen zwingen dürfte.  
Sogar dann,  
wenn bei der Bank auf dem Papier  
genug flüssiges Geld vorhanden sei,  
wenn die Bank aber in Tat und Wahrheit  
kurz davor sei, zahlungsunfähig zu werden.  
Rechtseitiges Einschreiten  
sei elementarwichtig,  
findet die Expertengruppe.  
Wenn die Bank auf hart gehe,  
dann müsse das sogenannte  
Tubic to Fail-Regime greifen.  
Dieses sieht vor,  
dass der einst auch im Fall der letzten  
Schweizer Großbank UBS  
nicht der Staat die Bank retten müsste.  
Stattdessen müsste die strauchende Bank  
gemäß einem im voraus bestimmten Plan  
saniert und neu aufgestellt werden,  
ohne dabei den Staat zu bemühen.  
Weil die Situation der Schweiz  
hat sich jetzt verändert,  
wir haben nur noch eine Grossbank  
und es ist aber wichtig,  
dass wir sicher sind,  
dass die Abwechslung der UBS,  
wenn sie dann noch mal nötig sein sollten,

tatsächlich durchgeführt werden.  
Wir werden nicht, dass die Steuerzahler  
nachher damit bluten, oder?  
Mit dieser Warnung geht auch  
der ehemalige Bankenaufseher  
Daniel Zuberbühler einig.  
Er war einst Direktor  
der Filmervorgängerin  
der Eidgenössischen Bankenkommission.  
Er war dabei, als der Staat  
der inzwischen pensionierte Bankkenner  
ist denn auch froh,  
konnte 15 Jahre später  
die Credit Suisse vor dem totalen Crash,  
dem ungeordneten Zusammenbruch  
bewahrt werden.  
Zuberbühler warnt davor,  
sich auf die Abwickelbarkeit  
gemäß dem Tobik to Fail-Regime zu verlassen.  
Ich bin froh, hat unsere Regierung  
Nationalbank und Firma  
im konkreten Fall Credit Suisse  
das Experiment nicht gewagt,  
nur um zu sehen, ob diese schöne Theorie doch wirklich funktioniert.  
Das ist mir wichtiger,  
dass man das Problem gelöst hat,  
auch wenn wir jetzt ein anderes Problem haben.  
Wir haben nur noch ein Big Baby,  
das man retten muss.  
Das Big Baby UBS  
müsse streng beaufsichtigt sein,  
findet auch Bankkenner Daniel Zuberbühler.  
Und es helfe sicher,  
wenn die Finanzmarktaufsicht dazu reichlich  
mit Kompetenzen ausgestattet sei.  
In einem weiteren Punkt  
pflichtet er den Einschätzungen  
der Expertengruppe bei.  
Es ist natürlich schwierig  
zu entscheiden,  
wann greift man ein,  
weil auch der Vorwurf kommen kann,  
man hätte zu früh  
eine Bank quasi

abgewickelt,  
die noch lebensfähig gewesen wäre.  
Dieses Dilemma  
wird man immer haben  
und es braucht auch,  
wie Herr Lengwille sagte,  
es braucht den Mut,  
entscheidet zu fällen.  
Ich kann an der Regulierung etwas herumschrauben,  
ich kann mehr Kompetenzen geben,  
aber am Ende  
müssen Sie einen Entscheid fällen  
und der hat Risiken und Vor- und Nachteile.  
Mit anderen Worten,  
das Tobik-to-Fail-Regime im Ernstfall umzusetzen,  
ist gefährlich.  
Gefährlich für die Behörden,  
die sich deswegen später  
Vorwürfen ausgesetzt sehen könnten,  
aber auch gefährlich für die gesamte Volkswirtschaft.  
Denn sollte der Eins  
die Sanierung einer kriselnden UBS  
vorgaben misslingen,  
dann wäre das ein Desaster für die Schweiz,  
für die Schweizer Wirtschaft  
und würde wohl darüber hinaus ein Beben  
in der globalen Finanzwelt auslösen.  
Darum ist es,  
warnen unisono die Experten,  
besser wenn die Finanzmarktaufsicht FINMA  
ihre Früherkennungsinstrumente schärft  
und wenn die FINMA  
rechtzeitig und hart eingreift,  
lange bevor  
vielleicht auch die UBS vor dem Abgrund steht.  
Sie hören das Echer der Zeit.  
Wir fragen gleich,  
ob in der Wissenschaft  
die Folgen des Klimawandels unterschätzt  
und ob die Spannungen  
zwischen Serbinnen und Albanern  
in Kosovo überschätzt werden.  
Noch nie war das  
Mittelmeer so warm wie dieses Jahr.



Noch nie ist das Eis  
im Meer vor der Antarktis  
soweit zurückgeschmolzen.  
2023 jagt ein Klimarekord  
den nächsten  
und die Extremwetterereignisse  
häufen sich.  
Da mag man sich fragen,  
wurde der Klimawandel unterschätzt?  
Waren die Wissenschaftlerinnen  
und Wissenschaftler zu vorsichtig  
mit ihren Prognosen?  
Dazu Wissenschaftsredaktor Christian von Burg.  
Mehr Hitzewellen,  
stärkere Niederschläge,  
all das habe man so vorausgesagt,  
sagt Klimawissenschaftlerin Friederike Otto  
vom Imperial College  
in London.  
Wir sehen,  
insbesondere die Extremwetterereignisse  
ist nicht überraschend.  
Mit ihren Klimamodellen  
und Beobachtungsdaten  
habe die Klimawissenschaft  
ziemlich genau das vorausgesagt,  
was jetzt eintreten.  
Das sehen auch alle anderen  
befragten Wissenschaftlerinnen  
und Wissenschaftler so.  
In einem entscheidenden Punkt aber  
habe sich die Wissenschaft getäuscht.  
Was wir unterschätzt haben,  
diese Änderung in Extremwetterereignissen  
unserer Gesellschaft  
schaden und unsere Ökosysteme zerstört.  
Das also bereits mit  
1,5 Grad Erwärmung folgen  
schwere Schädendrohen für die ganze  
Weltbevölkerung und nicht erst  
mit 2,5 Grad oder noch mehr  
wie früher gedacht.  
Dies wurde im Bericht des Weltklimarats  
IPCC denn auch korrigiert.

Vorsichtig waren die  
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch,  
weil sie im Jahr 2009  
von Klimawandelskeptikern  
teilweise massiv angegriffen wurden.  
Man unterstellte den Wissenschaftlern,  
sie würden Daten und Studien  
unterschlagen, sie betrieben  
gezielt Alarmismus.  
Diese Vorwürfe wurden zwar entkräftet,  
trotzdem wirken sie nach  
das bestätigen verschiedene Forscher,  
etwa Erich Fischer,  
Klimawissenschaftler  
an der ETH Zürich.  
Wir wollten nicht da stehen,  
als Leute, die Alarmismus  
betreiben.  
Und das ist auch gut so,  
ist das Teil der Wissenschaft,  
dass wir nicht Schlussfolgerungen ziehen,  
die nicht gerechtfertigt sind.  
Deshalb werden alle Resultate  
nochmals hinterfragt.  
Aber all dies habe wohl dazu geführt,  
dass man zum Teil übervorsichtig  
wurde, sagt Fischer.  
Kommt hinzu, dass die Berichte  
des Weltklimarates von der Anlage  
her eher konservativ sind.  
So braucht es immer  
mehrere übereinstimmende Studien,  
bis ein bestimmter Sachverhalt  
in den Bericht aufgenommen wird.  
Alles was noch nicht einwandfrei  
erklärt werden kann,  
wurde lange gar nicht erwähnt.  
Damit sind die Berichte zwar  
extrem breit akzeptiert,  
aber sie hinken der aktuellen Forschung  
immer leicht hinterher  
und sind eher vorsichtig.  
In der Kommunikation sei dies  
ein Problem, sagt Friederike Otto.

Viele Wissenschaftlerinnen  
haben Angst, als alarmistisch  
oder Aktivisten zu gelten  
und sind darum extrem zurückhalten  
und sehr darauf trainiert,  
immer die Unsicherheiten zu betonen  
an jeder Studie.  
Aber ich denke, das ist falsch  
und wir müssen viel mehr betonen,  
was wir wissen. Wir wissen ganz, ganz viel.  
Umgekehrt gibt es natürlich auch  
einzelne Klimawissenschaftler,  
die übertreiben. Weniger in den Studien,  
eher in den Pressemitteilungen  
zu den Studien, sagt Fischer.  
Dass da gewisse Kolleginnen und Kollegen dazu  
neigen, das zuzuspitzen,  
vielleicht auch zu überzeichnen  
mit wahrscheinlich dem Ziel,  
oft auch die Leute wach zu rütteln,  
weil sie ein bisschen frustriert  
sind und denken, das Thema werde unterschätzt.  
Diese Befürchtung  
teilen viele Forschende  
und so beschränken sie sich zunehmend  
nicht mehr darauf Fakten zu benennen,  
sondern zeigen  
so deutlich wie möglich auch  
die konkreten Konsequenzen auf.  
Friederike Otto etwa will sich  
nicht vorwerfen lassen,  
nicht genügend Klartext  
gesprochen zu haben.  
Wenn jetzt nicht dramatisch viel passiert  
in der Politik, dann wird die 1,5 Grad  
Marke sehr bald erreicht  
und dann werden wir zum Ende  
dieses Jahrhunderts bei  
ungefähr 3,2 Grad landen.  
Das sei keine Schwarzmalerei.  
Das betonen auch die anderen  
angefragten Klimawissenschaftlerinnen  
und Klimawissenschaftler.  
Das ist eine realistische Rechnung,

wenn man sich anschaut,  
wie wenig die Staaten der Welt  
bisher versprochen haben,  
gegen den Klimawandel zu tun.  
Christian von Burg hat berichtet.  
Mehr zum Thema.  
Zum Beispiel, wie die Wissenschaft bereits  
in den 1980er-Jahren  
vor dem Klimawandel gewandt hat  
und welchen Einfluss das hat  
auf die Kommunikation von heute.  
Hören Sie im Podcast Kopf voran.  
Überall, wo es Podcasts gibt,  
[www.srf.ch.audio](http://www.srf.ch/audio)  
Spannungen in Kosovo  
machen immer wieder Schlagzeilen.  
Häufig geht es dann um  
Differenzen zwischen der serbischen Minderheit  
und der albanischen Bevölkerungs-  
Mehrheit im Land.  
Und meist geht es um Gebiete  
im Norden Kosovus an der Grenze zu Serbien.  
Dabei leben die meisten Serbinnen  
und Serben in Kosovo  
nicht im Norden, sondern sind  
verteilt über verschiedene Gemeinden  
im ganzen Land.  
Und dort funktioniert das Zusammenleben  
im Alltag meist problemlos.  
Das zeigt die Reportage  
von Ausland-Redaktor Janis Fahlender.  
Im Restaurant Tiffany ist wenig los.  
Die Angestellten  
nutzen die Ruhe, um die Küche zu putzen.  
Das Restaurant liegt in Bresovica.  
Inmitten einer Bergregion  
ganz im Süden Kosovo.  
Die Grenze zu Nordmazedonien  
ist sehr nahe.  
Die Gegend ist gleichermaßen von Serbinnen  
und Albanern bewohnt.  
Immer, wenn sich der Konflikt  
mit der serbischen Minderheit im Norden zuspitze,  
würden weniger Leute kommen,

sagt Luli, der albanischstämmige Besitzer  
des Tiffanys.  
Die meisten seiner Gäste  
seien albanischstämmig.  
Sie fanden es dann nicht sicher,  
in eine mehrheitlich serbisch bewohnte Gemeinde  
zu kommen.  
Dabei sei die Situation hier in Bresovica  
eine ganz andere als im Norden,  
betont Luli.  
Das Zusammenleben zwischen den Volksgruppen  
funktioniert hier problemlos.  
Das zeigt sich sein Restaurant,  
in dem man ganz bewusst Serben  
aus der Region einstelle.  
Vor acht Jahren hat er das Restaurant eröffnet.  
Er möge die Berge  
und gehe gerne Skifahren.  
Deshalb sei er hier nach Bresovica gekommen.  
In der Küche wird serbisch gesprochen.  
Nikola kocht seit sechs Jahren hier.  
Im Gefalle die Arbeit, sagt er.  
Als 16-Jähriger habe er angefangen.  
Nie habe es Probleme gegeben,  
weil sein Chef albaner sei  
und er Serbe, erzählt Nikola.  
Klar habe er albanische Freunde  
und gehe hier mit ihnen in die umliegenden Städte  
um etwas zu trinken.  
Das Zusammenleben funktioniert ohne Probleme.  
Die Situation sei nicht so,  
wie sie medial oft dargestellt wäre.  
Seine Freunde in Serbien  
hätten das aber ein ganz anderes Bild von Kosovo.  
Doch er lebe gerne hier  
und wolle bleiben.  
Auch wenn die wirtschaftliche Situation schwierig sei  
und viele Altersgenossen abwandern.  
An der Straße, die aus dem Tal hinaus  
Richtung Pristina führt,  
bewirbt ein Schild selbst gebrannten Schnaps,  
Rakia.  
Das Schild ist dreisprachig angeschrieben,  
auf albanisch, serbisch und englisch.

Er brenne Schnaps aus allen möglichen Früchten,  
sagt es da noch ja im Garten  
vor seinem Haus.  
Aus Birnen, Pflaumen, Äpfeln, Quitten  
und Himbeeren.  
In erster Linie produziert er den Rakia  
für sich und seine Freunde.  
Verkaufe er.  
Seine Kundschaft bestehe gleichermaßen  
aus Albanern und Serben.  
Sein ganzes Leben,  
56 Jahre, lebt der Bauers da noch ja schon hier.  
Er habe nie Probleme  
mit seinen albanischen Nachbarinnen  
und Nachbarn gehabt.  
Man respektiere und verstehe sich.  
Und doch kommt es im Alltag  
nur selten zu einem Austausch,  
was auch an sprachlichen Hürden liege,  
wie seine Tochter Jelena erzählt.  
Albanisch verstehe sie nur ein bisschen.  
Hätte sie mehr Kontakt  
zu Albanerinnen und Albanern, wäre das anders,  
sagt die junge Frau.  
Doch in dieser ethnisch gespaltenen Gesellschaft  
sei das nicht so einfach.  
Hier zeigt sich, außerhalb von geschäftlichen  
Beziehungen gibt es zwischen den Volksgruppen  
oft nur wenige Berührungspunkte.  
Das Leben findet nebeneinander statt,  
doch meist nicht miteinander.  
Umso wichtiger sind Orte,  
wie das Restaurant Tiffany.  
Dort wird mittlerweile der Grill angefeuert.  
Für Besitzer Luli ist klar,  
einen guten Miteinander der Volksgruppen  
stehen die Politiker auf beiden Seiten im Weg.  
Und nicht die Menschen.  
Der Problem ist zwischen der Politik.  
Er spüre das am eigenen Leib.  
Der lokalen Politik gefällt nicht,  
was er in seinem Restaurant macht.  
Die Politik, die mich nicht lieben.  
Man lege ihm immer wieder Stein in den Weg.

## [Transcript] Echo der Zeit / Neues Datenschutzgesetz setzt Unternehmen unter Druck

Etwa, wenn es um Bewilligungen gehe.  
Doch ihm sei das egal.  
Er mache weiter.  
Auch wir machen weiter,  
morgen, gleicher Sender, gleiche Zeit.  
Redaktionsschluss heute  
ist um 20 vor 7.  
Verantwortlich für das Echo der Zeit  
Lukas Schneider,  
für die Nachrichten Jan von Tobbel  
am Mikrophon Christina Scheidecker.